

SAMSTAG, 12. JANUAR 2008

Widerstand macht Eindruck

219 Eingaben gegen Hafенpläne

GRENZACH-WYHLEN (bz). 200 Einsprüche hatte sich die IG Hafенlärm als Ziel gesetzt. 219 sind es geworden, die am Freitagvormittag bei der Kantonsregierung Baselland gegen den Bau einer Schrottzerkleinerungsanlage im Birsfelder Hafen fristgerecht abgegeben wurden. Mit Rolf Rode und Reinhold Walter waren zwei Vertreter der IG mit neun Aktenordnern nach Liestal gefahren, um direkt im Bauinspektorat den Widerstand gegen die Pläne zu unterstreichen. „Der zuständige Mann war schon beeindruckt von der großen Zahl“, schilderte Rolf Rode anschließend die Reaktion der Genehmigungsbehörde. Er geht deshalb auch davon aus, dass die Bearbeitung der Einwendungen schon geraume Zeit dauern wird.



Gesammelte Einsprüche: Neun Aktenordner hat die IG Hafенlärm (im Bild Reinhold Walter) am Freitag bei der Kantonsregierung in Liestal abgegeben.

FOTO: PRIVAT

KOMMENTAR

Hafенlärm

Zum Nachteil der Bürger

Was sich über viele Jahre hinweg bei Grenzach-Wyhleener Bürgern an Zorn über den vom Hafen Birsfelden ausgehenden Lärm angestaut hat, tritt jetzt immer deutlicher zutage. Sie haben genug, deshalb auch der sehr vehemente Aufschrei, seitdem bekanntgeworden ist, dass nun auch noch eine Schrottzerkleinerungsanlage dazukommen soll. Zudem können sich einige Anwohner im Rippel oder am Hornrain durchaus noch an den Krach erinnern, der von einem ähnlichen Betrieb am Schweizer Ufer herüberschallte. An dem eidgenössischen Lärmgutachten ist eigentlich nicht viel auszusetzen, doch es lässt die bestehenden Lärmquellen außen vor, weil nicht auftragsgemäß. Doch ist es das Zusammenwirken vieler Komponenten, die, da braucht man kein Prophet zu sein, dafür sorgen würden, dass nach Inbetriebnahme der Zerkleinerungsanlage der Lärmpegel nochmals ansteigt. Leidvolle Erfahrungen mit Ausnahmegenehmigungen in der Vergangenheit haben zudem gezeigt, dass die eigentlich auf den Tag gelegte Be- und Entladezeit immer wieder aufgeweicht wird – zum Nachteil der Bürger. Also ist es geboten, den Bau der Schrottzerkleinerungsanlage zu verhindern, die Politik ist gefragt. Auf allen Ebenen muss sie den basellandschaftlichen Genehmigungsbehörden deutlich machen, dass das Wohl der Menschen vor dem der Wirtschaft geht.

Hary Wickert